

Die Woche im Bundestag



CDU CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

CDU CSU

Machen Sie die Migrationspolitik endlich zur Chefsache, Herr Scholz!
Kommunen entlasten

Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems.

Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel einen Leitantrag für diese Sitzungswoche mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten.

Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Am 30. März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland kamen parteiübergreifend beim Kommunalgipfel zusammen, um über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren.

Aus den Beiträgen der Kommunalpolitiker wurden zwei Punkte deutlich: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, überall in unserem Land nach wie vor groß. Zweitens ist aber festzustellen, dass die faktischen Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber an ihre Grenzen stoßen. Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen. Auf wirksame Hilfe der Bundesregierung konnten die Kommunen bisher nicht zählen: Die beiden „Flüchtlingsgipfel“ bei der Bundesinnenministerin blieben ohne Ergebnis.



Bagatellisierung von Unfallflucht setzt falsche Anreize



Zu den in dieser Woche bekannt gewordenen Plänen des Bundesjustizministers Buschmann, Unfallflucht ohne Personenschäden zu entkriminalisieren, erklärt der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechtsausschuss und Braunschweiger CDU-Bundestagsabgeordnete Carsten Müller:

„Die vom Bundesjustizminister ins Spiel gebrachte Bagatellisierung der Unfallflucht und Herabstufung zur Ordnungswidrigkeit in Fällen, in denen es lediglich zu Sachschäden gekommen ist, setzt die falschen Anreize. Ich sehe die Gefahr, dass Unfallverursacher versuchen werden, mit der Beschädigung fremden Eigentums davonzukommen und nicht gewillt sind, ihre Beteiligung am Unfall zu offenbaren. Die Abschreckungswirkung einer Ordnungswidrigkeit ist weitaus geringer als die einer Straftat. Es steht zu befürchten und darf nicht hingegenommen werden, dass der oder die Geschädigte auf den Kosten des Schadens sitzen bleibt. Es drohen dadurch höhere Versicherungsprämien für alle.

Bundesjustizminister Buschmann auf dem Irrweg

Die Abstufung des unerlaubten Entfernens vom Unfallort zu einer Ordnungswidrigkeit bei reinen Sachschäden bietet

zudem ein Einfallstor dafür, dass zukünftig auch andere Straftatbestände, die fremdes Eigentum vor Sachschäden schützen, zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft werden könnten. Dazu darf es nicht kommen.

Ampelregierung vollständig von Sorgen und Nöte des Normalbürgers entrückt

Das Zeichen, welches eine solche sogenannte Entkriminalisierung an die Öffentlichkeit sendet, ist verheerend. Dies erkennt man auch an den nunmehr veröffentlichten hilflosen Beschwichtigungstweets des Bundesjustizministers. Wenn das Justizministerium nun erklären muss, dass die Fahrerflucht auch künftig nicht erlaubt sein soll, dann zeigt das, wie unausgegoren die Überlegungen von Herrn Buschmann sind und waren. Insbesondere für die Unterbindung von Trunkenheitsfahrten und Fahrten unter Einfluss anderer berauschender Mittel wäre die Abstufung der Unfallflucht zur Ordnungswidrigkeit im hohen Maße kontraproduktiv und schädlich.

Die Erwägungen des Bundesjustizministeriums zeigen abermals, dass sich die Ampelregierung für die Sorgen und Nöte des Normalbürgers nicht interessiert und vollständig entrückt ist.“

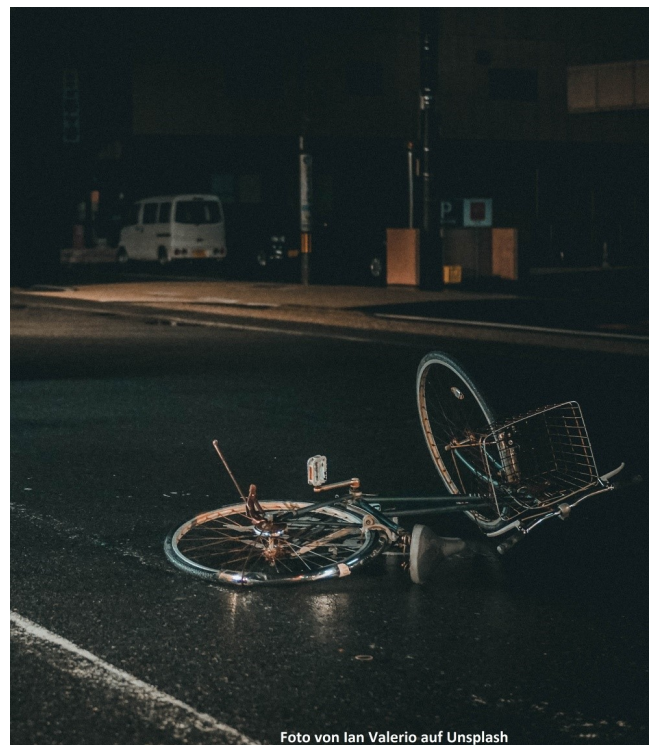


Foto von Ian Valerio auf Unsplash

EU muss als Stabilitätsunion für solide Finanzen sorgen



Foto: Tobias Koch

Die EU-Kommission hat in dieser Woche ihren Gesetzentwurf für eine Reform des EU-Stabilitätspakts vorgelegt. Hierzu erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Mathias Middelberg:

„Solide Finanzen sind essenziell für die Handlungsfähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Die schrittweise Rückführung zu hoher Schuldenstände muss daher verpflichtend bleiben und auch kontrolliert werden. Das Kernproblem des Stabilitätspakts liegt in seiner unzureichenden Durchsetzung. Diese darf nicht von politischen Ermessensentscheidungen abhängen. Die Bundesregierung hat sich leider erst sehr spät in die konkrete Ausgestaltung des Kommissionsvorschlags eingebracht. Sie hat es bislang auch versäumt, genügend Verbündete im Rat für einen klar stabilitätsorientierten Kurs zu gewinnen. Umso mehr muss sie bei den jetzt anstehenden Verhandlungen in Brüssel hart bleiben und sich entschlossen einer Aufweichung der EU-Schuldenregeln entgegenstellen.“

Wir haben zugehört und nehmen die Kommunen ernst

Zur Beratung des Antrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Kommunen in der Migrationskrise unterstützen – Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen“ erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, André Berghegger:

„Der Kommunalgipfel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Asyl- und Flüchtlingspolitik hat die teilweise dramatische Lage überdeutlich gezeigt. Unser Land befindet sich in einer schweren Migrationskrise, die ein entschlossenes Handeln der Bundesregierung erfordert. Trotzdem macht die Ampel-Regierung nicht die geringsten Anstalten, um diese Krise endlich in den Griff zu bekommen.“

Wir nehmen die Kommunen ernst. In unserem Antrag greifen wir Forderungen der Kommunen auf, die ihnen über die finanzielle Unterstützung hinaus helfen und irreguläre Migration begrenzen. Dabei rechnet sich die Bundesregierung ihre finanzielle Unterstützung schön: Von den rund 2,8 Milliarden Euro, die den Ländern und Kommunen in diesem Jahr bereitgestellt werden, steht nur ein Teil tatsächlich für die Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung: Laut Beschluss vom November 2022 sind u.a. 1,5 Milliarden Euro für Flüchtlinge aus der Ukraine reserviert, sodass letztendlich noch rund eine Milliarde Euro für Länder und Kommunen zur Bewältigung flüchtlingsbedingter Mehraufwendungen



verbleiben. Dass das nicht reicht, war von Anfang an erkennbar. Wenn Bundesinnenministerin Faeser sich wundert, dass die Kommunen schon im April nach weiterer Hilfe rufen, zeugt das von Unkenntnis oder Naivität. Beides ist nicht gut.“

Die Woche im Plenum

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion



Die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem Antrag **Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen** greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

In abschließender Lesung debattierten wir unseren Antrag **Neuorientierung der deutschen Politik im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika – Strategischer Ansatz auf Augenhöhe**. In unserem Antrag stellen wir fest, dass die Politik der Bundesregierung in der Region nicht dazu führt, Partnerschaft und Vertrauen aufzubauen. Genau dies wäre aber notwendige Voraussetzung für die von der Bundesregierung angestrebte wertegeleitete Außenpolitik. Der Antrag zeigt an vielen

Beispielen, wo durch falsche Abwägungen Potenzial verloren ging. Wir stellen die einzigartigen Chancen und Herausforderungen der Region heraus und legen dar, wie die Bundesregierung mehr Vertrauen und mehr Einfluss in der Region gewinnen kann.

Tagtäglich sorgen unzählige kleine und große Busunternehmen dafür, dass der Öffentliche Personenverkehr in Deutschland verlässlich, flexibel, pünktlich und umweltschonend funktioniert. Er ist das Zugpferd im ÖPNV: Zwei Drittel aller Fahrten im ÖPNV werden mit dem Bus gemacht. Außerdem ist der Bus individuell einsatzfähig und hat unter allen motorisierten Verkehrsmitteln die beste Klimabilanz – auch in der Touristik und im Fernlinienverkehr. Ein schneller Ausbau des ÖPNV-Angebots in der Breite, das gleichzeitig klimafreundlich ist, gelingt nur mit dem Bus. In unserem Antrag **Den Bus als Schlüssel für eine alltagstaugliche und klimafreundliche Mobilität stärken** gehen wir auf die großen Herausforderungen ein, denen sich die gesamte Branche gegenüber sieht. Die Umrüstung auf klimaneutrale Antriebe, der anhaltende Fahrpersonal-mangel, der Wunsch nach dichteren Fahrplänen bei gleichzeitig günstigeren Tarifen und der Anstieg der Kraftstoffpreise üben Druck auf die überwiegend mittelständisch geprägte Busbranche und kommunale Verkehrsunternehmen aus. Wir fordern: Der Bus benötigt eine langfristige Finanzierung und kluge politische Rahmenbedingungen.



Unterstützung für den Wintersport – Jetzt handeln. Insbesondere durch die Energiepreissituation sieht sich der Wintersport erheblichen Belastungen gegenüber. Wir haben die Bundesregierung gefragt, was sie dagegen zu tun gedenkt (BT-Drucksache 20/5933). Die Antwort war enttäuschend und zeigte weitgehende Ideenlosigkeit bei der Bundesregierung auf. Deshalb machen wir mit unserem Antrag konkrete Vor-

schläge, wie dem Wintersport in der aktuellen Situation geholfen werden kann. Wir befassen uns mit allen relevanten Aspekten des Wintersports, so dass unterschiedliche Themen wie die Herausforderungen durch den Klimaschutz wie auch die Förderung von Spitzenathleten behandelt werden.



Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten. Durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Situation der Energieversorgung deutlich verschärft. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich in diesem Winter um die Wärmeversorgung ihrer Haushalte. Entlastungen gegen die steigenden Preise kommen erst mit erheblicher Verzögerung an. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vergrößern die Unsicherheit zusätzlich. Zugleich reicht die Aufgabe über diesen und den nächsten Winter hinaus: Mit dem Klimaschutzgesetz wurde festgelegt, in Deutschland bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen. Die Bundesregierung setzt bei der Wärmewende einseitig auf Verbote und zu wenig auf Technologie. Daher haben wir als CDU/CSU in diesem Antrag 20 Vorschläge für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende entworfen. Dazu gehören u. a. der Ausbau der Netze und Speicher, steuerliche Verbesserungen für Sanierungen, einen breiten technologischen Ansatz sowie Sicherstellung der sozialen Verträglichkeit.

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um

Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Mit unserem Antrag Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen fordern wir deshalb: Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.



Mit unserem Antrag **Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum für mehr Wohlstand und Arbeitsplätze stärken** fordern wir: Es braucht ein wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept, um aktuellen Herausforderungen – hohe Energiepreise, zu viel Bürokratie, zu langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren, hohe Steuern und Sozialabgaben sowie den erheblichen Mangel an Fach- und Arbeitskräften – zu meistern und Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu machen. Der starke Fokus des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) auf Klima- und Energiefragen greift hier zu kurz. Auch der Inflationsdruck ließe sich reduzieren, wenn die Regierung ihren bislang eingeschlagenen Kurs wenig zielgenauer finanzieller Entlastungen aufgäbe und die Unternehmen und Bürger mit besseren Rahmenbedingungen wirkungsvoll entlastet. Die deutsche Wirtschaft befindet sich am Scheideweg. Jetzt droht eine „Stagflation“. Erst die Krisenjahre, dann eine langanhaltende Wachstumsschwäche bei hoher Inflation, das könnte dem Wirtschaftsstandort Deutschland schwer zusetzen. Wichtig ist jetzt, das Arbeitskräfteangebot und die Produktivität zu stärken. Es muss wieder um Bildung, Investitionen und Innovationen gehen – für mehr Wachstum, Wohlstand und möglichst viele gut bezahlte Arbeitsplätze.

In dieser Woche debattierten wir im Plenum unsere Große Anfrage zum Thema **Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Steuerwettbewerb**. Deutschland verliert nach einer aktuellen Studie des Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Wettbewerb mit 20 anderen führenden Wirtschaftsnationen weiter an Wettbewerbsfähigkeit. Bisher konnte die Bundesregierung – entgegen der Ankündigungen im Koalitionsvertrag – weder ein schlüssiges Konzept zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vorlegen noch geeignete Maßnahmen dazu umsetzen. Da verwundert es nicht, dass laut der ZEW-Studie Deutschland der große Verlierer im Standortwettbewerb sei. Grund dafür seien zu viel Bürokratie, die hohe Steuerlast, sinkende Innovationsbereitschaft, hohe Energiekosten und der Arbeitskräftemangel. Deutschland könne mit Spitzenstandorten in Nordamerika, Westeuropa und Skandinavien kaum noch mithalten. „Während andere Staaten in Infrastruktur investieren oder ihr Steuersystem reformieren, kommt Deutschland nicht voran.“ Die Bundesregierung hat angekündigt, die Große Anfrage erst Anfang Juni 2023 beantworten zu können.

2. Sonstige Tagesordnungspunkte



In abschließender Beratung befassten wir uns mit dem Antrag der Bundesregierung für ein Mandat zur **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten Operation EUNAVFOR MED IRINI**. Die Operation ist Teil des breiten politischen Ansatzes der EU zur Stabilisierung Libyens. Sie trägt im zentralen Mittelmeer zur Überwachung und Umsetzung des Waffenembargos der VN gegenüber Libyen bei. Daneben hat sie zum Ziel, Schleuser- und Menschenhändlernetzwerke zu bekämpfen und aufzulösen. Außerdem wird die libysche Küstenwa-

che und Marine im Kapazitätsaufbau und bei der Ausbildung unterstützt.

Darüber hinaus befassten wir uns ebenfalls in abschließender Beratung mit einem neuen Mandat für die Bundeswehr: Die **Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten militärische Partnerschaftsmission zur Unterstützung des Kapazitätsaufbaus der nigrischen Streitkräfte in Niger (EUMPM Niger)** wird zum Kapazitätsaufbau der nigrischen Streitkräfte beitragen. Es können insgesamt bis zu 60 Soldatinnen und Soldaten eingesetzt werden. Für Phasen der Verlegung sowie im Rahmen von Kontingentwechseln und in Notsituationen darf die Personalobergrenze vorübergehend überschritten werden.



Gesetz zur Weiterentwicklung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes. Seit 2020 hat Deutschland eine der liberalsten Regelungen für die Einwanderung von Fachkräften weltweit. Unter der unionsgeführten Bundesregierung haben wir das Fachkräfteeinwanderungsgesetz mit klaren Rahmenbedingungen beschlossen: Es sollen diejenigen zu uns kommen, die wir brauchen. Diese Einwanderer sollen eine langfristige Chance auf unserem Arbeitsmarkt haben und gut integriert werden können. Fakt ist jedoch auch: Es kommen noch zu wenige Fachkräfte nach Deutschland – denn sie warten derzeit oft Monate auf ein Visum bei einer deutschen Auslandsvertretung und gehen im Zweifel in ein anderes Land. Wenn die Zuwanderung von Fachkräften an bürokratischen Hürden scheitert, müssen diese Hürden und nicht die Qualifikationsanforderungen gesenkt werden. Wir als Unionsfraktion schlagen deshalb eine neue Bundesagentur für Einwanderung vor, die die Aufgaben von Visastellen und Ausländerbehörden bündelt, von Anfang an komplett digital arbeitet und die Verfahren massiv beschleunigt.



In 1. Lesung befassten wir uns mit dem Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Modernisierung des Pass-, des Ausweis- und des ausländerrechtlichen Dokumentenwesens**. Der Entwurf betrifft insbesondere den Kinderreisepass. Dieses Dokument verfügt nicht über einen biometrischen Chip und kann deshalb vor Ort in den Bürgerämtern erstellt werden. Der Kinderreisepass wird zudem durch Einkleber aktualisiert, wenn Kinder älter werden und sich ihr Erscheinungsbild ändert. Die Gültigkeit dieses Dokuments wurde bereits kürzlich von fünf Jahren auf ein Jahr reduziert. Mit dem Entwurf wird der Kinderreisepass nun abgeschafft. Auch für kleine Kinder muss damit ein biometrischer Reisepass beantragen werden. Dies ist mit höheren Kosten für Familien und einem zeitlichen Vorlauf von mehreren Wochen verbunden. Zudem entfällt die einfache Möglichkeit der Aktualisierung durch Einkleber. Wir lehnen den Entwurf ab. Durch den Entwurf entsteht unnötiger Aufwand und Kosten für Familien, der Sicherheitsgewinn hingegen ist minimal.

Wir debattierten den Vorschlag der Bundesregierung für ein **Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz**. Mit dem Programm sollen Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Ökosystemen, die als CO₂-Senken fungieren und gleichzeitig eine hohe Biodiversität aufweisen, gefördert werden. Ein Bestandteil ist die Wiederherstellung und Wiedervernässung von Mooren. Für die Umsetzung des Aktionsprogramms sollen in den Jahren 2022 bis 2026 insgesamt vier Mrd. Euro bereitgestellt werden. Wir finden: Die Möglichkeit natürlicher CO₂-Senken zu nutzen ist richtig, das Potenzial allerdings begrenzt und der langfristige Erfolg der CO₂-Speicherung offen.

Zukunftsthemen Wirtschaft, Energie, Klimaschutz

In dieser Sitzungswoche setzen wir einen Schwerpunkt auf das Zukunftsthema Wirtschaft, Energie und Klimaschutz. Bereits in der vergangenen Woche haben wir einen Antrag zum Thema Bürokratieabbau eingebracht. Diese Woche debattiert der Deutsche Bundestag unsere Initiativen zu nachhaltiger Heizenergie, Wachstumsimpulsen und internationalem Steuerwettbewerb. In der kommenden Sitzungswoche wollen wir uns mit dem Wasserstoffhochlauf befassen.

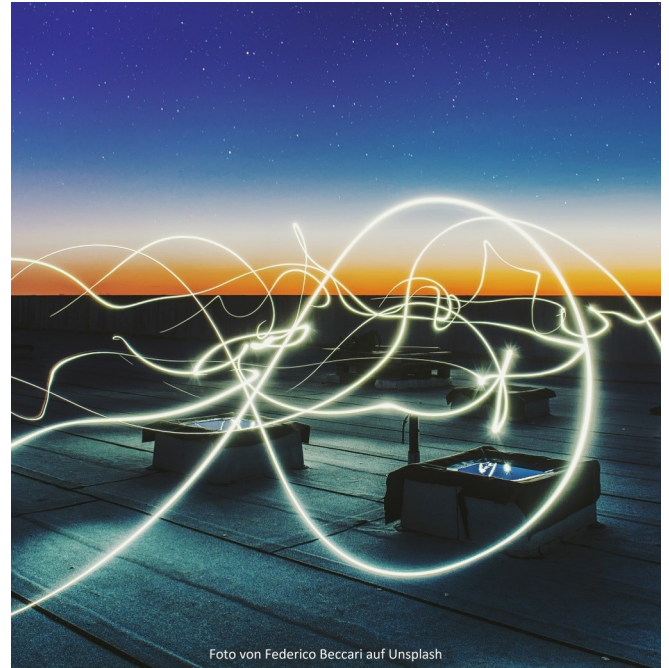


Foto von Federico Beccari auf Unsplash

Der Weg hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 wird mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Technologie, aber nicht mit Verboten und Gängelung gelingen. Das unterscheidet uns von der amtierenden Bundesregierung. Deutschland braucht mehr Ingenieure und weniger Ideologen. Deutschlands Wirtschaft braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung, die zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt. Träumereien von „De-Growth“ als vermeintliche Antwort auf den Klimawandel erteilen wir eine klare Absage.

CDU/CSU Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Vorsitzender:
Dr. Mathias Middelberg MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 79498
Fax: 030 – 227 70139
Email: stefan.krueppel@cducsu.de
Internet: www.lg-nds.de

Bildnachweis:
Foto Header: Tobias Koch

Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.